# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

**mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.**

Bezugspreis: Durch unsere Träger frei ins Haus monatlich 1.10 Mk. Bei den Geschäftsstellen abgeholt monatlich 1.00 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 3.72 Mk., monatlich 1.24 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie die Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auererzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 65 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 75 Pfg., sonst 80 Pf. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 16 — Dienstag, den 21. Januar 1919 — 14. Jahrgang


## Das Neueste vom Tage.

Die Nationalversammlung soll, wie nunmehr endgültig beschlossen worden ist, ab 6. Februar in Weimar tagen.

267 bis jetzt feststehende Sitze für die Nationalversammlung verteilen sich auf 24 Deutschnationale, 46 Zentrum, 11 Deutsche Volkspartei, 53 Deutsche Demokraten, 114 Mehrheitssozialisten und 19 Unabhängige.

Marschall Foch hat bei den Waffenstillstandsverhandlungen die Forderung des französischen Finanzkontrolleurs nach vollkommener Kontrolle auch über deutsche privatrechtliche Geschäfte nicht anerkannt.

Die Tiroler Landesversammlung nahm einen von allen Parteien eingebrachten Antrag einstimmig an, in dem erklärt wird, daß die Tiroler unter keiner Bedingung in die Abtretung des deutschen Südtirols einwilligen.

In der gestrigen Sitzung des großen Arbeiter- und Soldatenrates in Leipzig wurde bekanntgegeben, daß eine Bewegung der disziplinierten und organisierten Arbeiterschaft zum Schutze der Revolution sich in Vorbereitung befinde.

Verschiedene Blätter melden bestimmt, daß der Aufstand in Oberschlesien als erloschen angesehen werden könne. Laut Vorwärts soll heute auf allen Gruben die Arbeit wieder aufgenommen worden sein.

## Der neue Mensch.

Die Nationalversammlung ist gewählt, die nächsten Tage werden uns die abschließenden Zahlen der abgegebenen Stimmen bringen und endlich wird das deutsche Volk in seiner Gesamtheit erfahren, wie es in seiner Mehrheit denkt. Die politische Arbeit dieser Wochen, so unzulänglich, oberflächlich und altmodisch sie auch war, sie ist für unser Volk und seine Zukunft von unschätzbarem Wert. Zum erstenmale ist das ganze mündige Volk an die Urne getreten auf Grund des freiheitlichsten, fortschrittlichsten Wahlrechts der Welt. Das ist eine Tatsache von so überwältigender Größe, daß wir uns ihrer Bedeutung vielleicht erst nach Jahren ganz bewußt werden können. Der Lärm der Agitation, die Spannung des Augenblicks betäubten uns alle viel zu sehr. Wenn es möglich gewesen wäre, so hätte man dahin streben sollen, möglichst viel neue Männer und Frauen aufzustellen und zu erwählen, denn die große Gefahr besteht, daß den meisten Mitgliedern der Nationalversammlung der alte Staat, die alte Zeit noch zu sehr im Blute und im Hirn steckt. Und diese Gefahr wird auch durch ihre parlamentarische Erfahrung nicht voll aufgewogen. Von der politischen Erfahrung ganz zu schweigen! Denn wieviele Politiker können wir überhaupt benennen? Auch die aber marschiert die deutsche Demokratische Partei weit an der Spitze der bürgerlichen, sie hat wohl die sorgfältigste Auswahl bei ihren Kandidaten walten lassen.

Jetzt aber gilt es, daß nicht nur die Erwählten, sondern das ganze Volk sich des neuen Lebens vollsauge. Kein Wahlsystem, keine Verfassung, und seien sie die besten der Welt, vermögen neues zu erschaffen. Nur der lebendige Mensch, der schaffende Geist, das wollende Volk erfüllt die tote Form mit Lebensinhalt. Vom Redekränzchen zum Parlament, das ist der Weg der Nationalversammlung. Von furchtloser Kritik zur Verantwortung, der Weg der Volksvertreter; vom Untertan zum Staatsbürger der Weg jedes Volksgenossen. Es ist ein stolzer, aber auch schwerer Weg. Die immerhin ansehnliche Stimmenzahl, die die Deutsch-nationalen errungen haben, beweist, daß die Anforderungen der Zeit noch nicht Allgemeingut geworden sind, daß Schlagworte und Stimmenfang noch verführerisch wirken. Das muß anders werden. Der Stolz des Republikaners ist seine höchste Tugend. Zu diesem Stolz auf die eigene Freiheit gelangt man aber nur über den dornigen Pfad der Verantwortungsfreudigkeit.

Das ist das neue Menschentum, das unser Volk nun aus sich herausgestalten muß! Das Bewußtsein, das aus dem berühmten Königswort: Der Staat bin ich, stammt, muß, in anderem Sinne, unser aller Leitstern werden. Wir haben durch Krieg und Umsturz blutig erfahren, daß der einzelne nichts ist ohne sein Volk, nichts vermag ohne den Staat, jetzt müssen wir die andere Hälfte noch dazu lernen, daß der Staat nichts ist, ohne den einzelnen, ohne uns alle. Daß wir alle seine lebendigen Glieder sind, von denen keines zerbrochen kann, ohne daß das Ganze leidet. Verantwortungsgefühl, Aufopferung, Gemeinsinn, Arbeitsfreudigkeit und Vaterlandsliebe im höchsten Sinne, sie machen das Wesen des neuen Menschen aus. Sie machen aus dem Untertan den Staatsbürger. Freiwilligkeit aber krönt sie erst zum wahren Leben. Kein Zwang vermag, was freier Wille spielend schafft! Volksgenossen! An die Arbeit!

## Der Entwurf der neuen Reichsverfassung.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht den Entwurf des Allgemeinen Teiles der künftigen Reichsverfassung und eine Denkschrift dazu. Wir heben im Anschluß an die bereits daraus mitgeteilten Einzelheiten noch folgendes hervor:

**Die Aufteilung Preußens.**

An der Spitze der Bundesrepubliken, in die Preußen zerlegt wird, steht die Republik Berlin mit etwa zehn Millionen Einwohnern, umfassend die Stadt- und Landkreise Groß-Berlins. Daran sollen sich anschließen eine Republik Preußen, umfassend Ostpreußen, Westpreußen und den Kreis Bromberg, eine Republik Schlesien, mit der Provinz Posen, den Sudetenländern und Ostböhmen, ferner die Republik Brandenburg, umfassend die Provinz Brandenburg, ohne die zu Groß-Berlin gehörigen Teile, die Provinz Pommern, die Altmark und beide Mecklenburgs, dann die Republik Niedersachsen, umfassend Hannover, Schleswig Holstein, Oldenburg und Braunschweig, die Republik Westfalen, umfassend die Provinz Westfalen, den Kreis Schaumburg, beide Lippe und Pyrmont, die Republik Hessen, umfassend Hessen-Nassau und das Großherzogtum Hessen, die Republik Rheinland, umfassend die Rheinprovinz, die bayrische Pfalz und das Fürstentum Birkenfelde. Der Regierungsbezirk Erfurt soll zu Großthüringen kommen. Wien soll ebenso wie Berlin reichsunmittelbar werden. Die anderen Teile von Preußen sollen entweder zu Schlesien oder zum Bundesstaat Obersachsen oder zu Bayern kommen. Außerdem soll ein Bundesstaat Deutsch-Oesterreich konstituiert werden.

**Reichsangelegenheiten**

sind die Beziehungen zum Auslande, die Verteidigung des Reiches, die Zölle, der Handel, einschließlich des Bank-, Börsen-, Münz-, Maß- und Gewichtswesens, das öffentliche Verkehrswesen, und zwar die Eisenbahnen, soweit sie bisher Staatsbahnen waren, die Binnenschiffahrt auf den mehreren deutschen Freistaaten gemeinsamen Wasserstraßen, der Post- und Telegraphenverkehr und der Verkehr mit Kraftfahrzeugen zu Lande und in der Luft. Der Gesetzgebung des Reiches unterliegen ferner u. a. die Staatsangehörigkeit, die Freizügigkeit, das Armenwesen, das Paßwesen, die Fremdenpolizei, die Ein- und Auswanderung, das bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren, das Arbeiterrecht, die Seeschiffahrt und die Bodengesetzgebung, das Presse-, Vereins- und Versammlungswesen, das Gesundheitswesen, das Versicherungswesen, Kirche und Schule im Rahmen der Paragraphen 19 und 20.

Sehr wichtig ist der letzte Abschnitt des Verfassungsentwurfs:

**Reichspräsident und Reichsregierung.**

Sobald ein Völkerbund mit dem Ziel des Ausschlusses aller Geheimverträge geschlossen ist, bedürfen alle Verträge mit den im Völkerbund vereinigten Staaten der Zustimmung des Reichstages. Der Reichspräsident verkündet die vom Reichstag beschlossenen Gesetze. Kommt eine Uebereinstimmung zwischen beiden Häusern des Reichstages über eine Gesetzesvorlage nicht zustande, so ist der Reichspräsident berechtigt, eine

**Volksabstimmung**

über den Gegenstand der Meinungsverschiedenheiten herbeizuführen. Der Reichspräsident ernennt die Reichsbeamten und die Offiziere. Wenn deutsche Freistaaten die ihnen nach der Reichsverfassung oder nach Reichsgesetz obliegenden Pflichten nicht erfüllen, kann sie der Reichspräsident dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. Der Reichspräsident wird im Falle der Verhinderung durch den Präsidenten des Staatenhauses vertreten. Bei einer länger als drei Monate dauernden Verhinderung muß die Vertretung durch ein Reichsgesetz geregelt werden. Die Amtszeit des Reichspräsidenten soll sieben Jahre dauern; Wiederwahl soll zulässig sein. Vor Ablauf seiner Amtszeit kann der Reichspräsident auf Antrag des Reichstages durch eine Volksabstimmung abgesetzt werden.

**Die Reichsregierung**

soll aus dem Reichskanzler und der erforderlichen Zahl von Reichsministern bestehen. Der Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister sollen vom Reichspräsidenten ernannt werden. Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Volkshauses; jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm das Volkshaus das Vertrauen durch einen ausdrücklichen Beschluß entzieht. Der Reichskanzler trägt dem Reichstag gegenüber die Verantwortung für die Richtlinien der Reichspolitik, jeder Reichsminister selbständig die Verantwortung für die Leitung des ihm anvertrauten Geschäftszweiges. Das Volkshaus und das Staatenhaus sind berechtigt, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zu stellen, wenn sie schuldhafterweise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verletzt haben.

## Der Zusammentritt der Friedenskonferenz.

Die Friedenskonferenz trat, wie wir schon kurz gemeldet haben, am Sonnabend nachmittag zusammen. Nunmehr schlug Wilson die Wahl Clemenceaus zum ständigen Präsidenten der Konferenz vor. Lloyd George und Sonnino unterstützten den Vorschlag. Clemenceau wurde einstimmig gewählt. Er nahm die Wahl mit Dank an und bat um schnelle Erledigung des Friedensprogramms. Er sagte weiter, er habe zwei Juristen wegen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit des früheren Kaisers um Rat gefragt, und würde jedem Vertreter eine Abschrift des Gutachtens zustellen. Die Sitzung wurde um 4 Uhr 35 Minuten vertagt. Die Vertreter der Presse wohnten ihr in ihrem ganzen Verlaufe bei.

**Poincares Rede.**

Präsident Poincare führte in seiner Rede u. a. aus, daß von den vertretenen Mächten keine für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich sei (!). Besondere Untersuchungen über die bereits durch die Veröffentlichungen aus den Kaiserlichen Archiven bekanntgewordenen Urheber erübrigten sich. Es sei heute klar erwiesen, daß der Angreifer die Vorherrschaft in Europa und anschließend daran die Weltherrschaft erstrebt habe. Poincare sagte: Mögen sich diejenigen, die durch das Schwert zugrunde gegangen sind, nachdem sie eine Herrschaft durch das Schwert erstrebt haben, selbst anklagen. Nichts ist so kennzeichnend wie die Aufforderung an England Ende Juli 1914, nichts gegen einen Landangriff auf Frankreich zu unternehmen, falls Deutschland nicht in den Nordkanal eindringe, und die Erklärung Frankreichs Neutralität nur anzuerkennen, wenn es in die Besetzung von Briey, Toul und Verdun willige. Deutschland wollte Belgien zerschmettern. England und Frankreich schwuren, es zu retten. Japan griff dann aus Loyalität gegenüber England und in Erkenntnis der Asien durch eine Vorherrschaft der Mittelmächte drohenden Gefahr zu den Waffen. Italien weigerte sich vom ersten Augenblick an, den deutschen Ehrgeiz zu begünstigen. Rumänien kämpfte nur für die Verwirklichung seiner nationalen Einheit (!) und mußte dann einen Vertrag unterzeichnen, den die Konferenz revidieren wird. Nach einer

**Schilderung der Greueltaten,**

die angeblich von den Deutschen begangen worden seien, sagte er: Ueber die ganze Erde hin ertöne das Klirren von abgestreiften Ketten. Gefesselte Nationalitäten riefen uns aus der Tiefe hundertjähriger Kerkers um Hilfe. Mehr noch, sie befreiten sich, um uns zu Hilfe zu kommen. Wenn etwas uns zum Teil für die Verluste, die wir erlitten, trösten kann, so ist es der Gedanke, daß unser Sieg auch ein Sieg des Rechts (!) ist. Sie werden aus diesem vollständigen Siege heute im Interesse der Gerechtigkeit und des Friedens die vollständigen Forderungen zu ziehen haben. Sie werden also nur nach Gerechtigkeit streben. Diese erfordert zunächst Zurückerstattungen und Wiedergutmachungen im Interesse der Völker und Personen, die beraubt oder mißhandelt worden sind. Logischerweise fordert sie vor allem Bürgschaften für die Nationen, die in der Vergangenheit am meisten einem Angriff ausgesetzt waren und es künftig sein könnten. Gleichzeitig